Strahlengegner machen mobil

Weil sie das stetig steigende Datenvolumen allmählich überfordert, wollen die Telekom-Konzerne die Kapazität ihrer Antennen ausbauen. Gegen die notwendige Gesetzesänderung regt sich im Nationalrat indes Widerstand.

DOMINIC WIRTH

Bild: ky/Martin Rütschi

Alle wollen guten Empfang, doch mit einer Mobilfunkantenne vor der Haustüre mag sich kaum jemand abfinden.

BERN. Der Siegeszug des Smartphones ist unaufhaltsam. Es gibt mittlerweile sogar ein eigenes Wort für jene, die ihre Finger nicht von ihm lassen können: Smartphone-Zombies, kurz Smombies. Dass das Smartphone für viele kaum mehr aus dem Alltag wegzudenken ist, wirkt indes nicht nur in den Wörterbüchern nach. In der Schweiz stossen die Handy-Netze an ihre Grenzen. Jahr für Jahr verdoppelt sich der mobile Datenverkehr. Und ein Ende dieser Entwicklung ist in Zeiten von Flatrate-Abonnements und Videotelefonie nicht absehbar.

Anlagen sind am Limit

Um dem Ansturm Herr zu werden, bauen die Telekom-Firmen zum einen neue Anlagen. Allerdings ist die Zahl der dafür geeigneten Standorte begrenzt. Dazu kommt, dass zwar alle ein gutes Handy-Netz wollen, von Antennen in der Nähe ihres Hauses aber meist nichts wissen wollen. Die Folge sind mitunter langwierige Bewilligungsverfahren. Lieber als auf Neubauten setzen die Anbieter deshalb – und auch aus Kostengründen – auf Nachrüstungen an bestehenden Anlagen. Ihr Problem ist nur, dass der Spielraum auch hier beschränkt ist. Sobald eine Anlage den gesetzlich festgelegten Strahlen-Grenzwert erreicht hat, ist ein weiterer Ausbau nicht mehr möglich. Laut der Netzbetreiber haben 6000 von 15 000 Anlagen in der Schweiz diesen Grenzwert erreicht. Die zuständige Nationalratskommission will deshalb die Grenzwerte und damit die Sendeleistung erhöhen. Das ist natürlich im Sinne von Firmen wie der Swisscom. «Eine Anpassung ist nötig, um den künftigen Ausbau zu gewährleisten», heisst es dort.

Als die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrats die Motion beriet, sah es am Ende gut aus für die Handy-Netz-Betreiber: Mit nur zwei Gegenstimmen setzten sich die Befürworter einer Grenzwert-Erhöhung durch.

Linke, Bauern, Hauseigentümer

Vor der heutigen Debatte im Nationalrat hat der Wind allerdings gedreht. Eine bunte Allianz will sich gegen das Vorhaben wehren. Das fängt an bei den Linken, die die Motion geschlossen ablehnen wollen, weil die Grenzwert-Erhöhung für sie einem Kniefall vor der Branche gleichkommt. «Dass man jetzt einfach bei den Antennen den Hahn aufdreht, ist die falsche Strategie», sagt Nationalrat Thomas Hardegger (SP/ZH). Er fordert wie seine Thurgauer Parteikollegin Edith Graf-Litscher, dass die Mobilfunk-Anbieter stattdessen auf Innovationen setzen – etwa den Ausbau des Glasfasernetzes. Mit im Boot der Nein-Allianz sitzt auch der Hauseigentümer-Verband mit Präsident Hans Egloff (SVP/ZH). Der berichtet von Mietern, die wegen einer nahen Antenne den Mietzins anfechten. Und warnt vor Wertverlusten bei Häusern und Grundstücken, wenn die Grenzwerte erhöht werden.

Schliesslich wollen sich heute auch Bauernvertreter gegen den Vorschlag der KVF, der vom Bundesrat unterstützt wird, stellen. Bauernverbands-Präsident Markus Ritter sagt, dass sich immer wieder Bauern bei ihm melden und von Tieren erzählen, die plötzlich erkranken, nachdem in der Nähe eine Mobilfunk-Antenne errichtet worden ist. «Wenn wir jetzt die Grenzwerte noch erhöhen, wird das sicher nicht besser», sagt der Rheintaler.

Es wird knapp

Die Auswirkungen der Strahlen – für die Kritiker nur «Elektrosmog» – auf die Gesundheit sind ein Thema, das emotional diskutiert wird. Nationalräte berichten von unzähligen Zuschriften, die Rede ist gar von einem «Overkill». Die «Ärzte für Umweltschutz» fordern etwa, dass der «ungesunde Vorstoss» abzulehnen sei. Die WHO hat die Mobilfunkstrahlung als «möglicherweise krebserregend» eingestuft. Wie sich Sendeanlagen auf Menschen auswirken, ist laut einem Bericht des Bundes noch so wenig erforscht, dass gesundheitliche Spätfolgen nicht ausgeschlossen werden können.

Die unsichere Datenlage wird heute im Nationalrat für viele Nein-Stimmen sorgen. Im Vorstoss ist zwar ein Monitoring zur Erforschung der gesundheitlichen Langzeitfolgen vorgesehen. Ob dieser Köder aber für ein Ja reicht, ist mehr als ungewiss.

Geri Müllers Chatpartnerin vor Verurteilung

BERN. In der Affäre um Nacktselfies des ehemaligen Grünen-Nationalrats und Badener Stadtpräsidenten Geri Müller zeichnen sich erste strafrechtliche Konsequenzen ab. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern hat angekündigt, Geri Müllers damalige Chatpartnerin per Strafbefehl verurteilen zu wollen. Dies teilt die verfahrensleitende Staatsanwältin in einem Brief mit. Müller hatte die ehemalige Studentin angezeigt, weil sie unerlaubte Tonaufnahmen von Gesprächen mit ihm angefertigt und ihn per SMS beschimpft hatte. Zum beabsichtigten Strafmass äussert sich die Staatsanwältin in ihrem Schreiben nicht.

Die Affäre um Geri Müller beschäftigt die Öffentlichkeit seit dem Sommer 2014, als die «Schweiz am Sonntag» darüber berichtet hatte, Müller habe während der Arbeitszeit und in Amtsräumen Fotografien mit sexuellem Inhalt angefertigt und versandt. Die Bilder stammten aus einem Chat mit der Studentin und waren mehreren Medien zugespielt worden. Müllers Anwalt hat auch die «Schweiz am Sonntag» sowie den in den Fall verwickelten Zürcher PR-Berater Sacha Wigdorovits und den Badener Unternehmer Josef Bollag angezeigt. Der Aargauer Müller kandidierte bei der letzten Gesamterneuerungswahl des Nationalrats nicht mehr. In seiner Amtsführung als Badener Stadtpräsident war er zeitweise stark eingeschränkt. (pho.)

Rückzug von EU-Beitrittsgesuch

BERN. Der Bundesrat muss das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz von 1992 zurückziehen. Der Ständerat hat gestern eine Motion aus dem Nationalrat an den Bundesrat überwiesen. Der Rat sprach sich mit 27 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Vorstoss von Nationalrat Lukas Reimann (SVP/SG) aus. Der Bundesrat wird der EU nun erneut mitteilen, das Gesuch sei als gegenstandslos und als zurückgezogen zu betrachten, wie Aussenminister Didier Burkhalter sagte. Gleichzeitig werde er kommunizieren, dass die Schweiz entschlossen sei, den bilateralen Weg zu modernisieren. Befürworter und Gegner waren sich im Grunde einig, dass das Beitrittsgesuch bereits heute gegenstandslos ist. Die Befürworter vertraten aber die Auffassung, dass mit dem Rückzug des Gesuchs Klarheit geschaffen werden könne. (sda)

Gegen die Regulierungswut

BERN. Legt der Bundesrat dem Parlament Gesetzesänderungen vor, soll er künftig eine Regulierungsfolgeabschätzung liefern, die von einer unabhängigen Stelle geprüft wurde. Das fordert das Parlament. Der Ständerat hat gestern zwei Motionen aus dem Nationalrat an den Bundesrat überwiesen. Ziel der Vorstösse aus den Reihen der FDP und der CVP ist der Bürokratieabbau. Die Regulierungswut schränke die Wettbewerbsfähigkeit ein, sagte Kommissionssprecher Andrea Caroni (FDP/AR). Deshalb brauche es eine standardisierte Regulierungsfolgeabschätzung und eine unabhängige Prüfung. Die Gegner bezweifeln, dass das etwas bringt. (sda)

Wermuth holt Bier und Leuthard irrt

Die ersten sind Cédric Wermuth und Eric Nussbaumer. Die beiden SP-Nationalräte setzen sich schon während des Vorprogramms zum Spiel der Schweiz gegen Rumänien vor den Fernseher in der Wandelhalle. Wenige Minuten später stösst mit Christian Wasserfallen ein weiterer Spieler des FC Nationalrat dazu. Er mustert den leeren Tisch und fragt: «Wo bleibt das Bier?» Der Jüngste, Wermuth, verschwindet und taucht kurz vor Anpfiff mit dem geforderten Gerstensaft wieder auf. Die Gruppe vor dem TV-Gerät hat inzwischen die Grösse einer Fussballmannschaft.

Drinnen im Saal lichten sich die Reihen. «Ich habe alles Verständnis dafür, dass Sie jetzt Fussball schauen. Tun Sie sich keinen Zwang an», sagt Thomas Müller (SVP/SG). König Fussball ist jetzt wichtiger als der Bericht der Neat-Aufsichtsdelegation, den er vorträgt. Doris Leuthard hat keine Wahl. Die Bundesrätin muss Stellung nehmen zu den Verkehrs- und Umweltgeschäften, die ungeachtet des Schweizer Auftritts noch bis gegen 19 Uhr behandelt werden. Natürlich hätte sie das Spiel gerne verfolgt, sagt Leuthard, als wir sie nach Sitzungsschluss und kurz vor dem Pausenpfiff im Vorzimmer des Nationalrats erwischen. «Es ist ja bekannt, dass ich gerne Fussball schaue.» Sie sei aber aufdatiert worden und wisse, dass noch keine Tore gefallen seien.

Die Bundesrätin irrt, liegen die Roten doch zu diesem Zeitpunkt zurück. Die lauten Flüche der fussballaffinen Nationalräte beim Elfmeterpfiff für die Rumänen sollten eigentlich bis in den Saal gedrungen sein. Corrado Pardini (SP/BE), der beim FC Nationalrat im defensiven Mittelfeld aufräumt («Spielstil: Behrami!»), hastet vorbei. Er würde sich nur zu gerne dem Ballsport hingeben, muss aber noch was «mit dem Landolt besprechen».

Nicht zu sehen ist Marcel Dobler (FDP/SG), der am Vortag beim Spiel der Nationalräte gegen einen Fast-Food-Riesen fünf Mal eingenetzt hat. So geht das, Seferovic!

Tobias Bär

Referendum droht zu scheitern

Ob die Armeereform vors Volk kommt, ist unsicher: Drei Wochen vor Ablauf der Referendumsfrist fehlt fast die Hälfte der benötigten Unterschriften.

RICHARD CLAVADETSCHER

ZUG. Willi Vollenweider ist «zuversichtlich». Dies allerdings gehört zu seinem Amt: Der Mann ist Präsident der Gruppe Giardino. Giardino will seit Jahren «die Zerstörung der Milizarmee und der Schweizer Wehrkultur aufhalten und die Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung gemäss Artikel 58 und 59 der Bundesverfassung wiederherstellen». Aus diesem Grund hat Giardino ein «Bürgerkomitee für unsere Sicherheit – Nein zur Halbierung der Armee» ins Leben gerufen, dessen Zweck «die Durchführung der Unterschriftensammlung des Volksreferendums ‹Nein zur Halbierung der Armee›» ist. Das Parlament hat die entsprechende Armeereform am 18. März dieses Jahres verabschiedet.

Allgemein wenig Interesse

Exakt mit der Erfüllung seines Zwecks scheint das Bürgerkomitee nun aber Mühe zu haben: Die Referendumsfrist für die Armeereform (WEA) läuft am 7. Juli ab. Bis dann muss das Komitee die für ein Referendum nötigen 50 000 Unterschriften gesammelt haben. Davon aber ist es weit entfernt. Laut Vollenweider sind zurzeit «etwas mehr als die Hälfte» der Unterschriften beisammen.

Auf Anfrage gesteht Giardino-Präsident Vollenweider, dass das Sammeln von Unterschriften nicht einfach sei – wegen des Desinteresses der Öffentlichkeit. Erst wenn man die Hintergründe aufzeige, seien die Leute bereit, eine Unterschrift zu leisten.

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) hat sich gegen das Referendum und für die WEA ausgesprochen. SOG-Präsident Holenstein nennt den Grund: «Ein Referendum gegen die WEA sähe keinerlei Gewinner, sondern nur Verlierer, auch und gerade in den eigenen Reihen! Eine solche fatale Konstellation schafft Unsicherheit, schwächt die Milizarmee und nagt an ihrer Glaubwürdigkeit. Das gilt es zu verhindern.»

Bild: pd

Willi Vollenweider
Präsident Gruppe Giardino

Wie sehr hat nun die SOG-Stellungnahme Einfluss auf die Unterschriftensammlung? «Man darf den Einfluss der SOG nicht überschätzen», wiegelt Vollenweider ab. Schliesslich gebe es «auch in der SOG noch Offiziere, die selber denken» – und deshalb das Referendum unterschrieben.

Sammelteams sollen es richten

Wie auch immer, das Bürgerkomitee steht nun vor der Aufgabe, bis zum 7. Juli noch weit über 20 000 Unterschriften zu sammeln. Laut Vollenweider soll dies durch vermehrte Präsenz von Sammelteams «auf der Strasse» und an militärnahen und volkstümlichen Veranstaltungen geschehen. Bisher habe man nämlich fast nur auf dem Postweg Unterschriften gesammelt, so Vollenweider.